



- Jugendhilfeausschuss -
- 18. Wahlperiode -

An die
Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

Nachrichtlich
an alle Kreistagsabgeordneten
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Protokoll

über die 10. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30.10.2025

Anwesend:

Herr Jürgen Averbeck (freie Jugendhilfe)
Frau Jana Bröker
Herr Timo Donner
Frau Anne Ellmann
Herr Dietmar Fangmann (Diakonisches Werk,
Landescaritasverband)
Herr Jens Frye (Grundmandat)
Frau Claudia Grabber (beratendes Mitglied,
Leiterin einer Kindertagesstätte)
Herr Volker Hülsmann (Beratendes Mitglied,
Bischöflich Münster. Offiziat)
Herr Josef Kläne
Herr Josef Kruse
Herr Uwe Lienesch (beratendes Mitglied)
Herr Dirk Lübbe
Herr Uwe Meyer
Herr Robin Pahl (beratendes Mitglied, Kreis-
sportbund Vechta)
Herr Paul Sandmann
Frau Henrike Theilen
Herr Stefan Wagner

Vertretung für Frau Anna Nies

(Vertretung für Herrn Blömer)

Entschuldigt:

Herr Robert Blömer
Herr Frank Lawicka (Beratendes Mitglied,
Kreisjugendpfleger)
Frau Anna Nies
Frau Kathrin Prüllage (beratendes Mitglied,
kommunale Frauenbeauftragte)

entschuldigt

entschuldigt

Frau Petra Sieve (beratendes Mitglied, Landescharitasverband) entschuldigt
Frau Elisabeth Vodde-Börgerding (Verein Zukunft für Jugend Holdorf e. V.) entschuldigt

Es fehlte:

Herr Ingo Buß (beratendes Mitglied, Jugendschutzbeauftragter Polizeiinspektion Clp/Vec)
Herr Michael Imsieke (beratendes Mitglied, Lehrkraft; von der Schulbehörde vorgeschlagen)

Hinzugezogen:

Herr Tobias Gerdesmeyer (Landrat)
Herr Hartmut Heinen (Erster Kreisrat)
Frau Martina Riemann-Wulf (Protokollführerin)

Sodann wird folgende Tagesordnung behandelt:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die 9.Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.02.2025
5. Mitteilungen des Landrats
6. Übergang des Projekts "Berufspraktische Integration" auf die Handwerker Akademie Oldenburger Münsterland gGmbH (056/2025)
7. Richtlinie Qualität in Kitas 3 (060/2025)
8. Kindertagesbetreuung; Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe durch kreisangehörige Kommunen (085/2025)
9. Weiterführung des Projektes „Familienpaten“ des Sozialdienstes kath. Frauen e. V. (088/2025)
10. Fortführung der Förderung für das Pro-Aktiv-Center (PACE) ab dem 01.03.2026 (061/2025)

- - - - -

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende KTA Ellmann eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

3. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird festgestellt.

4. Genehmigung der Niederschrift über die 9.Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.02.2025

Die Niederschrift über die 9. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.02.25 wird einstimmig genehmigt.

5. Mitteilungen des Landrats

Landrat Tobias Gerdesmeyer teilt mit, dass aufgrund der gestiegenen Betriebskosten die Entgelte im Jugendfreizeitzentrum zum 01.01.2026 um durchschnittlich 3% angepasst werden sollten. In der Beratung von 2022 habe man sich dafür ausgesprochen, die Entgelte künftig als Geschäft der laufenden Verwaltung an die jeweilige Inflationsrate anzupassen. Damit entfalle eine jährliche Beschlussfassung durch den Kreistag.

Die jetzt geplante Erhöhung der Entgelte entspreche im Wesentlichen der Inflationsrate und liege unter den Preisen anderer Jugendherbergen in der Region, die um 7 bis 27% höher lägen. Die Festsetzung der Preise sei bereits jetzt erforderlich, um anfragenden Gästen die neuen Preise mitteilen zu können.

Zudem informiert Landrat Gerdesmeyer die Ausschussmitglieder darüber, dass die Wortbeiträge in der Sitzung aufgezeichnet würden, um Personalressourcen zu sparen. Die KI-gestützte Protokollierungssoftware Scriba verfasse die Protokolle detaillierter, was auf die Stimmproben der KTAs zurückzuführen sei.

6. Übergang des Projekts "Berufspraktische Integration" auf die Handwerker Akademie Oldenburger Münsterland gGmbH (056/2025)

EKR Hartmut Heinen bezieht sich auf die Beschlussvorlage.

Er erklärt, dass der Landkreis Vechta sich seit 2006 an dem Projekt "Berufspraktische Integration" der Kreishandwerkerschaft beteilige. Zuletzt habe der Kreistag in seiner Sitzung am 12.12.24 beschlossen, das Projekt weiter zu fördern.

Die Kreishandwerkerschaft habe sich nun mit dem Ziel der Optimierung ihrer Ressourcen dazu entschlossen, die Bildungsbereiche der Landkreise Vechta und Cloppenburg unter der "Handwerker Akademie Oldenburger Münsterland gGmbH, zusammen zu fassen. Dies bedinge eine Änderung des Zuwendungsbescheids des Landkreises, da die Kreishandwerkerschaft Landkreis Vechta betroffen sei. Für die Jugendlichen ergäben sich jedoch inhaltlich und organisatorisch keine Änderungen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7. Richtlinie Qualität in Kitas 3 (060/2025)

EKR Heinen teilt mit, dass die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Beschäftigung und Qualifizierung von zusätzlichen Kräften in Kindertagesstätten seit 2019 umgesetzt werde. Die Förderrichtlinie sei darauf ausgerichtet, die Qualität in den Kita-Gruppen zu verbessern, indem sie Mittel für zusätzliche Kräfte, Qualifizierungsmaßnahmen und Einführungskurse bereitstelle.

Für das Kindergartenjahr 2025/2026 stehe eine Fördersumme von 2,978 Millionen Euro zur Verfügung, die an verschiedene Träger von Kindertageseinrichtungen, einschließlich der Kitas von Kirchen, freien Trägern und Wohlfahrtsverbänden, weitergeleitet werde. Der Schwerpunkt liege dabei auf dem Einsatz zusätzlicher Betreuungskräfte. 95 % der Mittel würden alleine hierfür verwendet.

EKR Heinen betont, dass die Förderung für die nächsten Jahre gesichert sei, obwohl eine Regelfinanzierung für das Personal vom Land angestrebt werde.

Frau Claudia Grabber ergänzt als Leiterin einer Kindertagesstätte, dass ein besonderer Vorteil dieser Förderung darin bestehe, dass durch die Richtlinie auch zusätzliche Stunden für Leitungskräfte bereitgestellt würden. Dies sei wichtig, da die administrativen Aufgaben der Leitungskräfte jährlich stiegen, während die Freistellungsstunden für Kita-Leitungen seit Jahrzehnten unverändert geblieben seien. Frau Grabber betont, dass die Richtlinie dazu beitrage, die Beschäftigungssituation in den Kitas zu verbessern. Sie bedauert, dass die begrenzte Dauer der Förderung ein Problem darstelle, da es schwierig sei, langfristige Beschäftigungen und Arbeitsverträge zu gewährleisten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

8. **Kindertagesbetreuung; Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe durch kreisangehörige Kommunen (085/2025)**

EKR Heinen teilt mit, dass der Landkreis seit Jahren die Kommunen finanziell bei der Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten unterstütze. Der Landkreis investiere insgesamt fast 14 Millionen Euro in diese Aufgabe.

Die Unterstützung erfolge in Form von Betriebskostenzuschüssen und Investitionskostenzuschüssen. Die Vereinbarung mit den Städte und Gemeinden über die Wahrnehmung von Aufgaben der Jugendhilfe zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege werde regelmäßig angepasst. In Abstimmung mit den Hauptverwaltungsbeamten der Kommunen solle sie für das Jahr 2026 verlängert werden, da das Land ab 2027 höhere Zuschüsse in Aussicht gestellt habe.

LR Gerdesmeyer ergänzt, dass der Landkreis sich seit 10 Jahren an den Kosten der Kindertagesbetreuung beteilige. Im Landkreis Cloppenburg sei eine Beteiligung erst kürzlich eingeführt worden, jedoch über eine Erhöhung der Kreisumlage. Er betont, dass die kommunalen Kosten in den letzten Jahren gestiegen seien, da die Landeszuwendungen die tatsächlichen Kosten nicht deckten. Das Land habe nun zugesagt, jährlich 250 Millionen Euro mehr zur Verfügung zu stellen, was die Beteiligung des Landkreises in Zukunft beeinflussen werde.

Auf die Frage der Ausschussvorsitzenden, ob die Leistungen freiwillig seien, erklärt LR Gerdesmeyer, dass die Modalität der Förderung freigestellt sei, die Aufgabe der Förderung der Betreuung von Kindern in Kitas und Tagespflege jedoch Aufgabe des öffentlichen Jugendhilfeträgers, somit des Landkreises sei. Er betont, dass der Landkreis kein Interesse daran habe, die Betreuung selbst zu übernehmen, da diese Aufgabe vor Ort besser wahrgenommen werden könne.

KTA Dirk Lübke erkundigt sich, ob es sich um verpflichtende oder freiwillige Leistungen handele. LR Tobias Gerdesmeyer erklärt, dass es sich bei der Betreuung um eine Pflichtaufgabe des Landkreises handele, der Landkreis sich daher bei Übertragung auf die Städte und Gemeinden finanziell an den Kosten beteiligen müsse.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

Dem Kreistag wird empfohlen, zu beschließen:

„Der Landkreis Vechta überträgt die Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege entsprechend der als Entwurf beigefügten Vereinbarung auf die kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Der Landkreis Vechta beteiligt sich an den Investitionskosten zur Schaffung von Krippen-, Großtagespflege- und Kindergartenplätzen für das Jahr 2026 mit bis zu 4.500 € pro Betreuungsplatz.

An den Betriebskosten der von den Städten und Gemeinden organisierten bedarfsgerechten Krippen-, Kindergarten- und Hortbetreuung beteiligt sich der Landkreis je Gruppe wie folgt jährlich:

Krippe (Regelgruppe bis zu 6-stündiger Betreuung) und Hort
21.000 €

Krippe	(Ganztagsgruppe	mehr als 6-stündiger	Betreuung)
		27.000 €	
Kindergarten	(Regelgruppe	bis zu 6-stündiger	Betreuung)
		33.000 €	
Kindergarten	(Ganztagsgruppe	mehr als 6-stündiger	Betreuung)
		41.000 €	

Kleingruppe je nach Gruppenart die Hälfte

Die bestehende Vereinbarung wird unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtslage fortgeführt und für die Dauer von einem Jahr bis zum 31.12.2026 abgeschlossen.

Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 950.000 € Investitionskosten-zuschüssen und 12.982.000 € für Betriebskostenzuschüsse werden im Haushalt 2026 zur Verfügung gestellt.“

9. Weiterführung des Projektes „Familienpaten“ des Sozialdienstes kath. Frauen e. V. (088/2025)

Frau Riemann-Wulf berichtet, dass der Kreistag in der Sitzung vom 17.12.2020 die Notwendigkeit von Frühen Hilfen im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe anerkannt habe.

Das Familienpatenprojekt, das seit dem 01.01.2014 vom SkF (Sozialdienst Katholischer Frauen e. V.) durchgeführt werde, sei ein wichtiger Baustein dieser Frühen Hilfen. Der Kreistag habe das Projekt zuletzt am 13.10.2022 für drei Jahre verlängert und eine Fördersumme von 36.000,- Euro gewährt. Der SkF e.V. habe nun einen neuen Antrag über die Verlängerung des Projektes bis zum 31.12.2025 über eine Fördersumme von 40.000 Euro gestellt.

Ziel des Familienpatenprojektes sei es, Familien bei der Erziehung und Versorgung ihrer Kinder eine vertrauensvolle und unbürokratische Hilfe zu gewähren, insbesondere Familien mit Kindern im Alter von null bis drei Jahren. Die Unterstützung umfasse verschiedene Einsatzmöglichkeiten, wie Hausaufgabenhilfe, Entlastung von Alleinerziehenden, Unterstützung bei Behördengängen und Sprachförderung. Das Projekt werde von 2 Koordinierungskräften geleitet, zu deren Aufgaben es zähle, Familienpaten/- und patinnen auszuwählen, vorzubereiten und fortlaufend zu begleiten. Im Jahr 2024 seien 24 Familien von Familienpaten unterstützt worden, im Jahr 2025 seien 21 Familienpaten im Einsatz.

Die Kosten für das Projekt seien auf 54.000 Euro kalkuliert, wobei die beantragte Fördersumme von 40.000 Euro hauptsächlich auf tarifliche Erhöhungen der Fachkräfte zurück zu führen sei. Die Förderung werde durch eine Vereinbarung mit dem SkF geregelt, die auch die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt und anderen Trägern vorsehe. Jährlich werde ein Sachbericht erstellt und in den Dienstbesprechungen erörtert.

Tobias Gerdesmeyer fragt, wie die Familien in das Projekt gelangten. Frau Riemann-Wulf erklärt, dass alle Wege möglich seien. Die Familien könnten im Rahmen der Betreuung im Bezirkssozialdienst oder durch andere Diensten auf das niederschwellige Angebot hingewiesen werden, aber sich auch selbst an den SkF wenden. Die Hemmschwelle solle niedrig gehalten werden, um möglichst viele Familien zu erreichen.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

Dem Kreistag wird empfohlen zu beschließen:

„Der SkF e. V. erhält ab dem 01.01.2026 für die Weiterführung des Projektes „Familienpaten“ bis zum 31.12.2028 einen Zuschuss von jährlich bis zu 40.000 €. Die erforderlichen Mittel werden in den Haushaltsjahren 2026, 2027 und 2028 zur Verfügung gestellt.“

10. Fortführung der Förderung für das Pro-Aktiv-Center (PACE) ab dem 01.03.2026 (061/2025)

Herr Lienesch stellt an Hand einer Power-Point-Präsentation die Förderrichtlinie für das Pro-Aktiv-Center (PACE) vor.

Er erklärt, dass PACE eine Unterstützung und Hilfe für junge Menschen im Alter von 14 bis 27 Jahren, die sich in problematischen Lebenslagen befinden, darstelle. PACE biete eine individuelle Einzelfallhilfe zur persönlichen Stabilisierung und zur Verbesserung der Ausbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit. Es richte sich an Jugendliche, die von herkömmlichen Einrichtungen und Beratungsangeboten nicht erreicht würden.

Die Förderrichtlinie lege die Voraussetzungen für die Zuwendung fest, darunter die Qualifikation der Fachkräfte, die Dokumentation der Förderpläne und die Mindestanzahl von 40 Teilnehmenden pro Vollzeitstelle. Herr Lienesch stellt an Hand von Graphiken die aktuelle Fördersumme, die Statistik der Teilnehmenden und die Geschlechter- und Altersverteilung dar. Die Zahlen belegten, dass PACE bei 2,06 Vollzeitstellen die Mindestteilnehmerzahl von 83 mit aktuell bereits 116 Teilnehmern deutlich übertreffe. In der neuen Förderperiode stünden 55.000,- € mehr zur Verfügung, so dass die aktuell durch die geringeren Fördermittel eingeschränkten Angebote, z. B. Beratungen an den Oberschulen, ebenfalls wiederaufgenommen werden könnten.

Die Arbeit von PACE werde durch die sozialpädagogischen Fachkräfte laufend dokumentiert, wobei die Beteiligung der jungen Menschen an der Potentialanalyse als entscheidend angesehen werde. Zielvereinbarungen würden schriftlich erfasst und kontinuierlich überprüft, und Kompetenzzuwächse zertifiziert. Ebenso würden fehlende Zuwächse schriftlich festgehalten. Herr Lienesch betont die Notwendigkeit, die Mittel sorgfältig zu steuern, um die Ziele der Förderrichtlinie zu erreichen.

KTA Paul Sandmann äußert die Befürchtung, dass die Mittel nicht ausreichen könnten, wenn die Anzahl der Schulabgänger ohne Abschluss steigen würden. Er fordert eine mögliche Erhöhung der Fördermittel in den kommenden Jahren.

KTA Dirk Lübbe stellt die Frage, wie flexibel die Mittel bei saisonalen Schwankungen der zu Beratenden eingesetzt werden könnten. Herr Lienesch stellt fest, dass die Fördersumme und der Personalkörper für 22 Monate fix seien und Schwankungen in der momentanen Anzahl der Fälle aufgrund der hohen Fallzahlen leicht ausgeglichen werden könnten.

Herr Dietmar Fangmann lobt die erfolgreiche Arbeit von PACE und sorgt sich um die Förderung nach 2027, da die Mittel dann zentral verteilt werden könnten. Er appelliert an den Landkreis, die Förderung bis 2027 fortzusetzen.

KTA Meyer lobt die Bereitschaft des Kreistages, trotz knapper Kassen Fördermittel für Projekte wie das PACE bereitzustellen, da dies langfristig kosteneffektiv sei.

Zum Abschluss der Beratung über den Tagesordnungspunkt lädt Herr Fangmann

die Ausschussmitglieder zu einer Veranstaltung am 25. November ein, die sich mit dem Thema "Kinder, Minderheit ohne Schutz" befasse.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

„Dem Kreistag wird empfohlen, das Pro-Aktiv-Center im Landkreis Vechta für die Dauer der Förderperiode vom 01.03.2026 bis zum 31.12.2027 vorbehaltlich der Förderzusage der NBank mit bis zu 403.333,33 € zu fördern.“

Ende der Sitzung: 18:00 Uhr

Vechta, 11.11.2025

Gerdesmeyer
Landrat

Riemann-Wulf
Protokollführer/-in